Die enthemmte Republik

Gewalt Hassparolen auf der Straße, Drohungen im Internet, Anschläge auf Politiker: Eine von rechten Vordenkern seit Jahren vorbereitete Saat geht nun auf. Staat und Gesellschaft brauchen eine neue Antwort auf die rechte Wutwelle.

Jetzt also ist der Hassbürger da. Zum Beispiel Birgit M. Sie schreibt an Thomas Kutschaty, den Justizminister Nordrhein-Westfalens: „Sie sind doch genauso ein Arschloch wie dieser dümmliche Stegner. Sie mit diesem Idioten in ein Sack und nur noch draufhauen."

Zum Beispiel der Mann, der die SPD-Kommunalpolitikerin Dorothea Moesch aus Dortmund-Westerfilde am 30. Juni um 23 Uhr auf ihrem Handy anruft: „Wir kriegen euch alle. Wir stehen vor der Tür."

Zum Beispiel der Autor jenes Briefes, der den hessischen Landrat Erich Pipa erreicht: „Wir können jederzeit Jemanden in der Besucherschar platzieren, der Dich aus dem Weg räumt."

Zum Beispiel der Sprüher, der an einer Lagerhalle im brandenburgischen Bernau eine Botschaft an den Bürgermeister hinterlässt: „Erst Henriette Reker, dann André Stahl."

Vier kurze Geschichten des Hasses. Und vier Politiker, die Haltung gezeigt haben, müssten nun um ihr Leben fürchten, nähmen sie die Drohungen ernst. Der Justizminister Kutschaty, weil er sagte: „Pegida ist nicht die Verteidigung des Abendlandes, sondern dessen Ende." Die SPD-Politikerin Moesch, weil sie eine Demo gegen rechts organisiert. Der Landrat aus Hessen, weil er sich seit Jahren für Flüchtlinge engagiert und dafür am vergangenen Montag das Bundesverdienstkreuz erhielt. Der Bürgermeister aus Brandenburg, weil er sich wünschte, dass sich die Asylbewerber im Ort gut aufgehoben fühlen sollten.

Noch schränken sie wegen dieser Drohungen ihren politischen Einsatz nicht ein. Noch sagen sie: jetzt erst recht. Doch seit dem Messerattentat auf die neue Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, einen Tag vor ihrer Wahl, ist das sichere Lebensgefühl gestört. Landrat Pipa überlegt, ob er dem Rat der Polizei folgen und eine Schutzweste tragen soll.

Man blickt in diesen Tagen auf eine enthemmte Republik, auf Bilder der Verrohung, die man lange nicht mehr sah, hört Töne des Primitiven, von denen man kaum ahnte, dass sie existieren. Die blutige Messerattacke in Köln; der Galgen in Dresden; das „Schlampe und Fotze"-Gebrüll einer Bürgerin aus Heidenau, als die Kanzlerin zu Besuch war; die Schilder zum einjährigen Geburtstag von Pegida, auf denen die „Feinde des deutschen Volkes" benannt wurden: „Merkel, Gabriel u. deren Helfershelfer"; die Fäkal- und Nazi-Entgleisungen des Autors Akif Pirinçci und sein Satz: „Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb."

Die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime hat sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres im Vergleich zum gesamten Vorjahr mehr als verdoppelt. Und nun rich-

MICHAEL KAPPELER / DPA

Pegida-Aufmarsch am 19. Oktober in Dresden: Die Suche nach Dialog und Kompromiss funktioniert nicht mehr

tet sich der Hass zunehmend auch gegen jene, die als Politiker Verantwortung tragen, für das, was viele als Chaos empfinden. Tausende Hass-E-Mails gehen jede Woche in der CDU-Zentrale in Berlin ein. Vor allem Angela Merkel ist das Ziel der Attacken, die Schöpferin des „Wir schaffen das"-Mantras. Bei der SPD ist es Generalsekretärin Yasmin Fahimi, deren Vater aus Iran stammt. „Öffnet die Türen der Duschen. Bestellt das Gas. Heizt die Öfen an. Sie werden gebraucht", schrieb ihr neulich anonym ein Bürger.

Der Hass ist vielfältig, er äußert sich auf der Straße und im Internet, mal laut, mal findet er nur in den Köpfen statt, er kommt in allen Schichten und Milieus vor. Der Bielefelder Sozialpsychologe Andreas Zick sagt, nach seinen Studien teilten in manchen Bereichen fast die Hälfte der Deutschen menschenfeindliche Ansichten. Er spricht von einer „Normverschiebung, die schwer in den Griff zu kriegen ist".

Die Politik braucht eine Antwort auf die Frage, wie sie mit derartigem Hass umgehen soll. Die Suche nach Dialog und Kompromissen, eigentlich ein Vorzug deutscher Konfliktkultur, funktioniert derzeit nicht mehr richtig. Menschen, die so hysterisch hassen, sind dafür kaum erreichbar.

Eine entschiedene Haltung brauchen auch die Sicherheitsbehörden. Sind sie wieder einmal zu träge in der konsequenten Beobachtung und Verfolgung dieser radikalen Szene? Pegida wird in den meisten Bundesländern nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Polizei und Staatsanwaltschaften könnten Hetzer energischer verfolgen.

Und die Gesellschaft braucht einen funktionierenden Kompass für den Umgang mit Radikalen, sie muss entscheiden, wie viel Gleichgültigkeit gegenüber der Politik sie ertragen kann und wie tief die Wahlbeteiligung – siehe Köln – noch fallen darf. Kurz: Sie muss klären, wie viel Spielraum sie den rechten Brandstiftern und deren Gefolge lässt.

Wie tief die Verletzungen bereits reichen, davon zeugt nicht nur das Attentat auf Henriette Reker in Köln. Deutschlandweit berichten Politiker von zunehmend schärferen Bedrohungen.

Dorothea Moesch, die Dortmunder Bezirksrätin, kennt persönliche Anfeindungen schon lange. Vor vier Jahren hat sie im Stadtteil Westerfilde eine Bürgerwohnung für hilfsbedürftige Deutsche, Zuwanderer und deren Kinder eröffnet. Helfer geben Deutschunterricht und übersetzen Behördenbriefe, vor allem aber sind sie einfach da. Eine Willkommenskultur für die Neuen hat die Politikerin geschaffen, lange bevor das Wort ein geflügeltes wurde. Die Gegner ließen nicht lange auf sich warten. „Scheiß Kanacken, raus mit denen" und „Krüppel, verpiss dich", solcherlei Sprüche perlten an Moesch bislang eher ab. Sie fährt im Rollstuhl, sie weiß, was Diskriminierung ist.

Doch als sie am 30. Juni zum ersten Mal eine Demo gegen rechts anmeldete, klangen die Töne plötzlich anders. Ein Anruf auf ihrem Handy, eine männliche Stimme: „Du Hexe wirst brennen, genau wie die anderen Fotzen auch." Um 23 Uhr dann der nächste Anruf. Moesch bekam Angst. „So was ziehst du nicht mit den Klamotten aus."

Ähnlich geht es Sebastian Koch in Bayern. Der SPD-Bürgermeister von Wenzenbach bei Regensburg wird seit Juli intensiv beschimpft. Er sei ein „Asylanten-Oberbürgermeister" und solle möglichst schnell nach Syrien abwandern, schreiben ihm Bürger. Koch hatte zuvor den Vermieter einer Flüchtlingsunterkunft kritisiert. Kaputte Möbel und Kochplatten, Stromkabel, die aus der Wand hängen, wollte der Bürgermeister nicht dulden. Und er beschwerte sich, dass Flüchtlingskinder von Wenzenbach umständlich per Zug und Bus zur Grundschule fahren sollten. Das könne man so jungen Schülern, die nicht einmal die Sprache beherrschten, nicht zumuten.

Danach landeten Briefe im Rathaus, in denen unter anderem empfohlen wurde, es müsse für Flüchtlingskinder nicht einen Zug zur Schule, sondern einen ins KZ geben. Der Staatsschutz ermittelte wegen

HORST GALUSCHKA / IMAGO

JÖRN PERSKE / DPA

Bedrohte Lokalpolitiker Koch, Moesch, Pipa: Neue Erfahrung, der Wut von Bürgern so unmittelbar ausgesetzt zu sein

Volksverhetzung, vor Kochs Wohnhaus und vor dem Flüchtlingsheim fuhren vermehrt Streifenwagen. „Es ist nicht so, dass ich mich jetzt fürchte. Aber anfangs hat mich dieser Hass beeinträchtigt und zurückgeschreckt“, sagt Koch.

Für die meisten Politiker ist es eine neue Erfahrung, der Wut von Bürgern so unmittelbar ausgesetzt zu sein, durch Briefe, Tweets und Facebook-Posts, durch körperliche Attacken wie in Köln, durch Hassparolen, wie sie ihnen in Dresden entgegengeschleudert werden.

Als eine „kommunikationslose Hochdruckkammer“ bezeichnet der Kasseler Soziologe Heinz Bude die Pegida-Bewegung. „Die Menschen, die zu Pegida gehen, empfinden ihre Probleme als existenziell, können sie aber an niemanden adressieren. So verstärkt sich nur das Gefühl, die Politik verweigere sich der Wirklichkeit.“ Das Potenzial dieses „Degradierungsmilieus“, wie es der Soziologe nennt, verortet er anhand seiner Befragungen bei 25 Prozent.

Längst haben Gruppen aus dem rechten Spektrum ihre Chancen im Milieu der Frustrierten entdeckt.

Die Betreiber des Internetblogs „Politically Incorrect“ (PI) – gegründet 2004, im gleichen Jahr, in dem der niederländische Filmregisseur und Islamkritiker Theo van Gogh ermordet wurde – arbeiten zum Beispiel schon lange an ihrem Ziel, mit allen erdenklichen Mitteln „Islamversteher“ und „Gutmenschen“ in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, wie es in einer internen Kommunikation heißt.

Konsequent haben die Macher von PI in den vergangenen Jahren zusammen mit Gesinnungsfreunden ein rechtes Netzwerk aufgebaut, zu dem Gruppen wie „Bürgerbewegung Pax Europa“, „German Defense League“ und die „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ gehören. Gemeinsam versuchen sie seit Langem, ihre Positionen vom rechten Rand in die Gesellschaft hineinzutragen. Daran knüpfen die Organisatoren von Pegida an.

Wie eng die rechten Vordenker und ihr Gefolge bei Pegida zusammenarbeiten zeigt beispielsweise Michael Stürzenberger. Er ist einer der prominenten Meinungsmacher von PI, Vorsitzender der rechten Partei „Die Freiheit“ – und tritt regelmäßig als Redner bei Pegida auf.

In Duisburg etwa erzählte er im Sommer von seiner bayerischen Heimat, von Miesbach, einem Ort, wo eine junge Frau von drei Asylbewerbern fast vergewaltigt worden sei. Meldungen dieser Art erreichten ihn fast jeden Tag, erzählte Stürzenberger. „Wollt ihr, dass unsere Frauen nachts nicht mehr ohne Besorgnis durch die Straßen laufen können?“, brüllte er ins Mikrofon. „Nein“, brüllte es zurück. Dass die Frau die Geschichte nur erfunden hatte, wie die Polizei kurz nach der angeblichen Tat mitteilte, verschwieg Stürzenberger seinen Zuhörern.

Die virtuelle Welt der Rechten belebt die analoge. Der Hass wird greifbar, hörbar, körperlich.

Plattformen wie PI kultivieren diese Art von Hetze schon seit Langem, Pegida bringt sie nun auf die Marktplätze. Die virtuelle Welt der Rechten belebt die analoge. Der Hass wird greifbar, hörbar, körperlich.

„Pegida als Volksbewegung“, sagt Jürgen Elsässer, „ist vielleicht die letzte Chance, die wir haben, um dieses Volk zu retten.“ Auch Elsässer ist ein gefragter Redner bei Pegida, er war einst Lehrer und Mitglied im Kommunistischen Bund, er schrieb für linke Blätter wie „konkret“ und „Junge Welt“.

Noch heute beklagt er den „Imperialismus“ der Amerikaner und ruft zum „Widerstand gegen das internationale Finanzkapital und seine Kriegsbrandstifter in Washington, London und Jerusalem“ auf. Im September forderte Elsässer in seinem Blog die Soldaten der Bundeswehr dazu auf, die Stationen an der deutschen Grenze zu besetzen, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen. „Erfüllt Euren Schwur!“, schrieb er. „Wartet nicht auf Befehle von oben.“ Mit seinem Magazin „Compact“ zeigt Elsässer aktuell Angela Merkel auf dem Titel, daneben die Zeile: „Die Königin der Schlepper“.

Elsässer ist einer, der die programmatische Ausrichtung von Pegida mit steuert. An ihm kann man gut sehen, wie perfide der Umgang der intellektuellen Rechten mit der Gewalt oft ist.

Elsässer distanziert sich in seinem Blog von dem Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterkandidatin. Das Galgensymbol lehnt er ab. „Leute, lasst diesen absolut missverständlichen Unfug.“ Zugleich aber präsentiert er auf dem magazineigenen Videokanal CompactTV ein Interview mit dem „Galgenmann“. Anonym darf er erzählen, dass er seinen selbstgebauten Galgen für Merkel und Gabriel als „Satire“ gedacht habe. Im Vorspann wird er als der „mutige Mann“ vorgestellt, der nun seine „Gänsehaut-Geschichte“ erzähle. Heroisierung mit formaler Distanzierung, auch das gehört zur Genese der aktuellen Hasskultur.

Im November wird Elsässer wieder einen Vortrag halten, diesmal auf Einladung des sogenannten Institutes für Staatspolitik, das auf einem Rittergut in Sachsen-Anhalt residiert. Mitgründer war Götz Kubitschek, ein ausgebildeter Lehrer, der 2001 als Oberleutnant der Reserve die Bundeswehr verlassen musste, da er sich an „rechtsextremistischen Bestrebungen“ beteiligt habe.

Am 5. Oktober sprach Kubitschek zu den Demonstranten auf dem Dresdner Neumarkt, predigte zivilen Ungehorsam und das angebliche Recht auf Widerstand. „Es ist gut, dass es jetzt kracht!“, rief Kubitschek. Und die Menge skandierte: „Wi-der-stand“.

Deutscher Alltag

Anschläge, Übergriffe, Hetze – Auszug aus Medienberichten über ausländerfeindliche Vorkommnisse im Oktober

2. OKTOBER

Ludwigsburg, BW: Unbekannte überkleben 29 Ortsschilder mit den Ortsnamen auf Arabisch, darunter der Name auf Deutsch – mit dem Zusatz: „Ehemals“.

3. OKTOBER

Altena, NW: Zwei mutmaßliche Täter setzen den Dachstuhl eines Wohnhauses in Brand, nachdem tags zuvor sieben Flüchtlinge aus Syrien eingezogen sind.

Großhartmannsdorf, SN: Brandanschlag auf die Kinder- und Jugend-Freizeitstätte Teichmühle, die möglicherweise als Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge dienen sollte.

Krölpa, TH: Ein 19-jähriger Asylsuchender wird nach einem Streit von vier Angreifern verfolgt und mit Bierflaschen beworfen.

Bischhagen, TH: Eine geplante Flüchtlingsunterkunft geht in Flammen auf.

4. OKTOBER

Würzburg-Höchberg, BY: Nazi-Schmierereien an der Fassade einer geplanten Flüchtlingsunterkunft.

Xanten, NW: Brand in einer geplanten Unterkunft für Asylsuchende. Die Polizei findet Spuren von Brandbeschleunigern.

Friemar, TH: Die Außentoiletten einer Asylbewerberunterkunft brennen ab, das Feuer greift auch auf die Fassade über. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

5. OKTOBER

Leipzig, SN: Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, wird von Legida-Demonstranten als „Migrantenschwein“ beleidigt.

Chemnitz-Einsiedel, SN: Etwa 500 Bürger blockieren die Zufahrt zu einer geplanten Asylbewerberunterkunft.

Scharbeutz, SH: Ein 19-Jähriger wird fremdenfeindlich beleidigt und eine Treppe hinuntergeschubst.

7. OKTOBER

Sellin, MV: Unbekannte verschütten „eine übel riechende Flüssigkeit“ in einem Schullandheim, das als Unterkunft für Asylsuchende genutzt werden soll.

Dresden-Prohlis, SN: Anschlag mit Molotowcocktails auf ein Gebäude, das zukünftig als Unterkunft für 150 Asylsuchende genutzt werden soll.

Rudolstadt, TH: Ein syrischer Jugendlicher wird aus einer Gruppe heraus mit rassistischen Bemerkungen beschimpft und körperlich bedrängt. Er wird bei der Rangelei leicht verletzt.

8. OKTOBER

München, BY: Vor einer Unterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in München-Harlaching werden drei Feuer gelegt.

Reinberg, MV: Mit Steinen werfen Unbekannte eine Fensterscheibe einer geplanten Flüchtlingsunterkunft ein.

Neubrandenburg, MV: Ein Mann schlägt einem Asylsuchenden aus dem Iran ins Gesicht. Der Täter gibt an, keine Ausländer zu mögen. Er kann nicht gestellt werden.

Stralsund, MV: In einem Textilgeschäft schlägt ein Mann vier Asyl suchenden Frauen ins Gesicht.

Grimma, SN: Feuer in einem Bürohaus, das künftig als Flüchtlingsunterkunft dienen soll. Die Polizei schließt einen technischen Defekt als Ursache aus.

Bochum, NW: Unbekannte zünden einen Pavillon auf einem Kirchengelände an, in dem Kleiderspenden lagern.

9. OKTOBER

Dresden-Prohlis, SN: Etwa 60 zum Teil alkoholisierte Menschen skandieren vor einer Schule gegen Asylsuchende gerichtete rassistische Hetzparolen. Anrückende Polizisten werden mit Flaschen, Steinen und Böllern beworfen.

Dresden-Südvorstadt, SN: Hooligans werfen nach einem Fußballspiel Feuerwerkskörper auf eine Zeltunterkunft für Flüchtlinge. Eine Gruppe von 50 Personen versucht, gewaltsam auf das Gelände vorzudringen. Die Angreifer attackieren ein Polizeiauto, in dem zwei Beamte sitzen.

Gera, TH: Unbekannte werden von Wachleuten überrascht, als sie in einer geplanten Asylbewerberunterkunft an Wasserhähnen hantieren. Sie können fliehen.

Saalfeld-Rudolstadt, TH: Eine Flüchtlingsunterkunft wird mit Farbe beschmiert.

10. OKTOBER

Tostedt, NI: Hakenkreuzschmierereien und rassistische Parolen an einer Flüchtlingsunterkunft.

Gera, TH: Drei Männer werden vom Wachdienst auf dem Gelände einer geplanten Asylbewerberunterkunft gestellt. Sie tragen eine Softair-Pistole und ein Messer bei sich.

Chemnitz-Markersdorf, SN: Eskalation einer Demonstration vor einer geplanten Flüchtlingsunterkunft. Unbekannte werfen Steine auf eine Kirche, in der Asylsuchende Schutz gefunden haben, und greifen Mitbürger an, die sich schützend vor die Flüchtlinge stellen.

11. OKTOBER

Altheim, BW: Unbekannte werfen einen stark Rauch entwickelnden Gegenstand in die örtliche Asylbewerberunterkunft. Es entsteht Sachschaden.

Berlin-Hellersdorf, BE: Ein Mann beleidigt Kinder an einer Flüchtlingsunterkunft rassistisch und verletzt einen Wachmann mit einer Flasche.

Boizenburg, MV: Brand in einer geplanten Asylbewerberunterkunft. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde das Feuer gelegt. Sachschaden: 350 000 Euro

Trassenheide, MV: Anschlag mit Brandbeschleunigern auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft.

13. OKTOBER

Waltrop, NW: Unbekannte schmieren an vier Asylbewerberheime Hakenkreuze, SS-Runen und das Wort „Raus“.

16. OKTOBER

Flensburg, SH: Feuer in einem leer stehenden Hochhaus, in das Asylsuchende einziehen sollen. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

17. OKTOBER

Traben-Trarbach, RP: Am Eingang des „Internationalen Willkommenstreffs“, in dem Flüchtlinge untergebracht sind, wird eine Gummimatte angezündet.

Treuen, SN: Nach öffentlichen Anfeindungen und der persönlichen Bedrohnung des Diakonie-Geschäftsführers zieht die Diakonie Pläne für eine Flüchtlingsunterkunft zurück.

Thale, ST: Unbekannte sprühen Hakenkreuze und „Refugees Not Welcome“ auf Autos, Hauswände und die Straße.

18. OKTOBER

Hannover, NI: Ein Mann, der sich als Polizist ausgibt, verlangt die Ausweise eines 18-jährigen Flüchtlings und dessen Begleiters. Als einer der beiden nach dem Dienstausweis fragt, sprüht er ihnen Pfefferspray ins Gesicht.

Winterberg, NW: Teile eines Fabrikgebäudes, die der Eigentümer als Flüchtlingsunterkunft angeboten hatte, gehen in Flammen auf.

Leipzig, SN: NPD-Kundgebung vor einer Zeltunterkunft. Einige Personen versuchen, die Zufahrt für ankommende Busse mit Flüchtlingen zu blockieren.

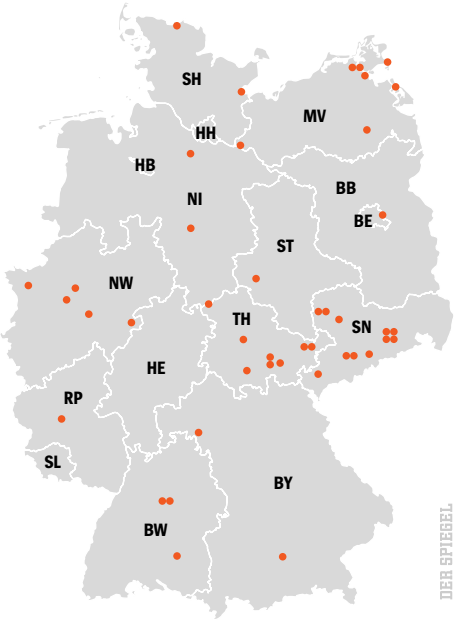
Frauenwald, TH: Unbekannte setzen einen Wohnblock unter Wasser, in den bis zu 100 Asylsuchende einziehen sollen.

20. OKTOBER

Remseck am Neckar, BW: Das marode Nachbarhaus einer Flüchtlingsunterkunft brennt aus. Deren Bewohner müssen vorübergehend evakuiert werden.

Dresden, SN: Ein Mann versucht, einen Brandsatz vor einer von 200 Flüchtlingen bewohnten Unterkunft zu entzünden. Passanten greifen ein und verhindern Schlimmeres.

Orte der Berichterstattung:



Abkürzung für die Bundesländer:

BW Baden-Württemberg **BY** Bayern **BE** Berlin **BB** Brandenburg **HB** Bremen **HH** Hamburg **HE** Hessen **MV** Mecklenburg-Vorpommern **NI** Niedersachsen **NW** Nordrhein-Westfalen **RP** Rheinland-Pfalz **SL** Saarland **SN** Sachsen **ST** Sachsen-Anhalt **SH** Schleswig-Holstein **TH** Thüringen

ARNO BURGI / PICTURE ALLIANCE / DPA

SEBASTIAN WILLNOW / PICTURE ALLIANCE / DPA

MARTIN SCHUTT / DPA

Rechte Vordenker Kubitschek, Elsässer, Höcke: „Zunehmend martialische Sprache“

Kubitschek genießt solche Momente, zeigen sie ihm doch, dass sich Theorie in die Tat umsetzen lässt. Jahrelang hatte er mit Gleichgesinnten in kleinen Salonzirkeln darüber sinniert, was die Rechte beim Kampf um die Köpfe von der Linken lernen kann. Er lud in Foren im Internet dazu ein, über originelle und provokante Aktionsformen nachzudenken. In einer „konservativ-subversiven Aktion“ stürmte er mit anderen Aktivisten linke Veranstaltungen, 2008 etwa eine Lesung mit Günter Grass.

Er diskutierte, welche Themen geeignet seien, neofaschiststische Ideen massentauglich zu machen. Und wie man Otto Normalbürger dazu bekommt, dabei gegebenenfalls Rechtsbrüche oder zumindest Ordnungswidrigkeiten in Kauf zu nehmen. Wie könne die Rechte die „kulturelle Hegemonie“ erobern? Mit Pegida hat Kubitschek nun endlich eine Aktionsform gefunden, nach der er so lange suchte.

Experten wie der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber, Professor an der Hochschule des Bundes, ordnen Kubitscheks Bewegung dem Rechtsextremismus zu. „Sie strebt in ihren Schriften eine Neuauflage der Konservativen Revolution der Weimarer Republik an, die sich klar gegen den demokratischen Verfassungsstaat gewandt hat“ sagt Pfahl-Traughber. Außerdem beobachtet er in den letzten Wochen eine „zunehmend martialische Sprache“ ihres Anführers und seiner Anhänger.

Ein Freund dieses rechtsextremen Revolutionärs saß am vergangenen Sonntag bei „Günther Jauch“ und blieb vor allem in Erinnerung, weil er zu Beginn ein Deutschlandfähnchen über die rechte Armlehne hängte: Björn Höcke, ehemaliger Sport- und Geschichtslehrer an hessischen Schulen, jetzt Landes- und Fraktionschef der Thüringer AfD, seit vielen Jahren an der Ideologie der Neuen Rechten interessiert.

Auch Höcke führt derzeit Protestzüge gegen den „Flüchtlingsstrom“ an, wie jenen am vergangenen Mittwoch in Erfurt. Da stilisierte er sich zum Opfer der „Lügenpresse“, zum letzten Patrioten unter ansonsten nur noch Verblendeten. Das Fähnchen aus der Jauch-Sendung hatte er nicht mitgebracht, weil man ihm gesagt habe, die solle er gut aufheben. Sie werde vielleicht mal in einem Geschichtsmuseum ausgestellt. So was gefällt ihm: Im Größenwahn sieht er sich bereits als historischer Führer einer neuen Bewegung. Das scheint auch die Parteivorsitzende Frauke Petry gemerkt zu haben, die einen Auftritt in Erfurt absagte.

Der Umgang mit Höcke stellt die AfD-Spitze vor eine neue Zerreißprobe. Während Parteivize Alexander Gauland ihn als „legitime Stimme im Chor der AfD“ sieht, würde Petry den Rechtsausleger gern kaltstellen. „Er spricht nicht für die Bundespartei“, stellte sie in einem Mitgliederbrief klar, für den sie nun unter Druck gerät. „Dieser Brief war mit dem Bundesvorstand nicht abgesprochen und wird von mir auch nicht unterstützt“, sagt Gauland, Höcke sei „wahrhaftig kein Nazi“.

Während die Frustrierten ihre Wut in E-Mails ausspeien, bleiben die Behörden erstaunlich blass.

Petrys Anliegen, die Partei unbedingt aus der rechtsextremen Ecke herauszuhalten und stattdessen „breit“ in der Gesellschaft zu verankern, wird somit schwer zu erfüllen sein – solange ihr derzeit bekanntester Vertreter weiter über die „1000-jährige Nation“ Deutschland schwadroniert. Höcke bewegt sich auf dem Grenzstreifen zum organisierten Rechtsextremismus der Neonazis. Zum thüringischen NPD-Kader Thorsten Heise habe er Kontakt, gibt er zu. Höckes Freund Kubitschek wollte in die AfD eintreten. Doch die Parteiführung lehnte ab.

Davon unbeeindruckt festigt Höcke seinen Schulterschluss zur Pegida-Bewegung, mit der er gern noch „viel enger“ kooperieren würde. Und auch zu den Intellektuellen der Neuen Rechten: Wie Elsässer wird der AfD-Mann im November als Vortragender dabei sein, wenn Götz Kubitschek zum Seminar auf das Rittergut einlädt. Es wird ein Gipfeltreffen der rechten Vordenker.

Während die organisierte Rechte den Unmut vieler in der Flüchtlingskrise ausschlachtet und während die Frustrierten ihre Wut in Hass-E-Mails ausspeien, bleiben die Behörden erstaunlich blass. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) attestierte den Anführern von Pediga zwar, „harte Rechtsextremisten“ zu sein. Sein Bundesamt für Verfassungsschutz aber gibt bekannt, die Bewegung formal nicht zu beobachten. Dazu reichten die Belege bislang nicht aus.

Gordian Meyer-Plath, der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes, scheint auch nicht gewillt, sich der zunehmend radikalisierten Pegida anzunehmen: „Wir beobachten Pegida nicht.“ Bislang überwögen die Argumente, die Pegida entlasteten. Die Organisatoren hätten sich zum Beispiel von Gewalt distanziert. „Auf der Demonstration wurde Angela Merkel in SA-Uniform gezeigt. Echte Neonazis würden so etwas niemals tun“, sagt Meyer-Plath. Pegida sei bislang eine „rechtspopulistische Empörungsbewegung“, aber keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. „Wir dürfen nicht jeden asylkritischen Protest in die Ecke des Rechtsextremismus rücken.“

Immerhin sehen das einige andere Landesämter anders: „Pegida NRW“ in Duisburg und „Dügida“ in Düsseldorf sowie „Thügida“ in Thüringen werden offiziell beobachtet. Organisatoren und Redner seien mehrheitlich der rechtsextremen Szene zuzuordnen, heißt es aus den Behörden.

Schon bei den Islamhassern von Politically Incorrect taten sich die Behör-

den schwer. Das Blog verbreite zwar antimuslimische und teils rassistische Propaganda, bediene sich jedoch „keines klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmusters“, hieß es als Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken. Bis heute gelingt es den PI-Machern, mit zwei simplen Tricks die Behörden auszumanövrieren: Zum einen gibt sich PI explizit proamerikanisch und proisraelisch – offenbar verwirrend für die deutsche Bürokratie, für die zu waschechtem Neonazismus zwingend der Judenhass zählt. Zum anderen finden sich die krassesten menschenverachtenden und volksverhetzenden Beiträge auf PI in dessen Kommentarspalten – und sind damit angeblich nicht eindeutig den Blogbetreibern zuzuordnen.

2013 entschied sich, als einzige Landesbehörde, das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, PI unter Beobachtung zu stellen. Als Grund diente den Bayern die rührige Münchner Ortsgruppe unter Leitung des Islamhassers und Pegida-Redners Michael Stürzenberger, der mehrfach auf Kundgebungen von Pegida-Ablegern sprach.

Im Fall des Kölner Attentäters Frank S. hatten die Behörden keine Hinweise auf die geplante Tat, obwohl der 44-jährige, langzeitarbeitslose Maler und Lackierer aus dem Stadtteil Nippes schon früh mit Naziideologie sympathisierte. Bereits mit 18 Jahren war er im rechten Milieu Bonns unterwegs. 1993 tauchte er bei einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Fulda auf, 1994 beim verhinderten Versuch, einen solchen Marsch zum Todesstag des Hitler-Stellvertreters in Luxemburg abzuhalten. In den Akten des Verfassungsschutzes taucht er als Kontaktmann des V-Mannes Norbert W. auf. W. war Landesgeschäftsführer der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei.

Ab 1995 fiel Frank S. durch Gewalttaten auf: Er verprügelte einen Mann, der rote Schnürsenkel trug, weil er diesen für einen Antifa-Aktivisten hielt. Bei einer Prügelei in einer Disco schlug er mit einer Bierflasche zu. Bis 1998 wurde er zweimal wegen Körperverletzung verurteilt, ein Mal wegen räuberischer Erpressung. Mehrere Jahre verbrachte er im Gefängnis.

Etwa im Jahr 2000 aber verloren die Sicherheitsbehörden den Mann aus den Augen. 2008 tauchte er kurzzeitig wieder auf dem Radar des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen auf. Er interessierte sich offenbar für eine Mitgliedschaft in der NPD. Danach blieb er für die Behörden unsichtbar. Sie bekamen nicht mit, dass er vor rund drei Monaten kurz vor dem Selbstmord stand, wie er nach dem Anschlag auf die Politikerin aussagte. Und auch von seinen akribischen Vorbereitungen des Attentats bemerkten sie nichts.

Der Kampf der Sicherheitsbehörden gegen die aufkeimende Gewalt ist das eine, die Antwort von Gesellschaft und Politik auf Hass, Wut und Frust vieler Bürger ist das andere. Ist mit Menschen, die Beleidigungen und Todesdrohungen versenden, noch ein Gespräch möglich? Nein, sagt Justizminister Heiko Maas (SPD), dessen Facebook-Postfach regelmäßig überquillt vor Hassbotschaften. Maas war einer der ersten Spitzenpolitiker, die Pegida als „Schande für Deutschland“ brandmarkten. „Heiko, bald ist Deine Zeit abgelaufen“, schreiben ihm Facebook-Nutzer jetzt – unter vollem Namen. „Halt die Fresse, oder ich bin morgen bei Dir!“ Eine Handvoll Drohungen leitet das Justizministerium wöchentlich an das Bundeskriminalamt weiter.

Maas hält es für seine Pflicht, klare Kante zu zeigen: „Wir sind an einem Punkt angelangt, wo man gewisse Dinge aussprechen muss.“ Teilnehmer einer Demonstration müssten sich selbst und nach außen Rechenschaft ablegen über Ziele, Zwecke und Organisatoren der Kundgebung, an der sie teilnehmen. Maas: „Es ist zu einfach, zu sagen, ich laufe da mal mit.“

Auch SPD-Generalsekretärin Fahimi hat vom Diskursansatz der vergangenen Monate genug. „Es ist nicht Aufgabe der Politik, diese Leute zu therapieren. Wir reden hier von Hetzern und Brandstiftern, die Morddrohungen aussprechen und sich vom Wertekanon des Grundgesetzes ab- und dem Extremismus zugewandt haben.“ Gerade weil es sich bei dieser Art von Extremisten um autoritätsgläubige Menschen handle, müsse man ihnen „mit dem harten Arm des Gesetzes begegnen“. In solchen Fällen seien insbesondere Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte gefragt. Vereine und Arbeitgeber sollten erwägen, auf Fremdenhetze und Volksverhetzung mit Mitgliedsausschluss, Abmahnungen oder sogar Kündigungen zu reagieren.

Auch der Sozialpsychologe Andreas Zick fordert die Politik auf, Rechtspopulisten entschiedener gegenüberzutreten. „Wir müssen die rassistische Gewalt in Deutschland als das benennen, was sie ist: eine Form des Terrors.“

Melanie Amann, Markus Deggerich, Jörg Diehl, Hubert Gude, Horand Knaup, Martin Knobbe, Conny Neumann, Maximilian Popp, Jörg Schindler, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Andreas Wassermann
Mail: martin_knobbe@spiegel.de, Twitter: @MartinKnobbe